Weniger Bürokratie

Absurde Bürokratie stoppen

Absurde Bürokratie mit einer Flut von Paragraphen und Verboten schränkt unsere Freiheit ein. Eigeninitiative und Unternehmertum werden behindert. Wir Liberalen wollen einfache Regeln sowie transparente und einfache Verfahren. Unnötige Verbote, Bevormundung, Bürokratie und die Beschwerdeflut sind uns ein Dorn im Auge. Statt immer neuer Gesetze einzuführen, sollten die bestehenden Gesetze konsequent durchgesetzt werden. Die FDP fordert: Absurde Bürokratie stoppen – aus Liebe zur Schweiz.

Abb. 1: Bürokratie mit absurden Ausmassen

FDP.Die Liberalen hat unseren Staat aufgebaut – vor allem die Linke hat ihn masslos ausgebaut. Die FDP hat im 19. Jahrhundert für Freiheitsrechte gekämpft, die Linken haben in den letzten 50 Jahren Freiheitsrechte wie Eigentumsfreiheit oder Handels- und Gewerbefreiheit immer weiter zurück gedrängt. Hier braucht es Gegensteuer – eine Grundsatzdiskussion um Freiheit, welche in vielen Bereichen durch irrsinnige Regulierungswut gefährdet wird, und konkrete Massnahmen.

Diese Diskussion darf nicht den Linken überlassen werden – sie muss wieder von uns Freisinnig-Liberalen beherrscht werden. Deshalb haben wir die Volksinitiative „Bürokratie-Stopp!“ lanciert. Sie verlangt für die Bürger das Grundrecht auf einfache, verständliche Gesetze ebenso rasche und unbürokratische Verfahren. Dieses Grundrecht sollen sie vor Gericht einfordern können. Damit geben wir der Bevölkerung eine Waffe gegen die absurde Bürokratie. Zudem wird der Gesetzgeber verpflichtet, bei der Gesetzgebung auf kleine und mittlere Unternehmen Rücksicht zu nehmen. Dazu hat die FDP einen Massnahmenkatalog erarbeitet, der täglich durch Anregungen aus der Bevölkerung ergänzt wird. In den Parlamenten auf nationaler und kantonaler Ebene setzt sich die FDP konstant für weniger Bürokratie ein.

Unser Staat muss Prioritäten setzen, die der Bürger bestimmt – und nicht die Verwaltung. Das Ziel: Dienstleistung für die Bevölkerung statt Ausweitung der Staatsmacht. Steuern sind zu vereinfachen und zu senken, Bund, Kantone und Gemeinden haben ihre ausufernde Tätigkeiten zu beschränken. Verwaltung und Gerichte müssen die Verfahren verkürzen. Der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben beschränken und dort effizient und stark sein. Das ist der bürgernahe Staat der FDP – aus Liebe zur Schweiz.

1. Ziele der FDP.Die Liberalen

› Absurde Bürokratie bekämpfen mit der FDP-Volksinitiative „Bürokratie-Stopp!“
› Die europaweit einfachsten Steuern
› Konsequenter Gesetzesvollzug und schnellere Justiz und Verwaltungsverfahren
› Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz – mit der tiefsten Regulierungsdichte Europas

2. Massnahmen und Forderungen der FDP.Die Liberalen

2.1. Volksinitiative „Bürokratie-Stopp!“

FDP
Die Liberalen

Liebe Bürgerinnen, Liebe Bürger

Unser Land leidet an **Regulierungswut**. Die Folgen sind drastisch: Entscheidungen werden immer mehr vom Staat und nicht mehr vom Bürger getroffen. Selbstbestimmung und Eigenverantwortung wird durch Überregulierung ersetzt. Unsere Freiheit wird zur leeren Worthülse.

› **Komplizierte Steuergesetze kriminalisieren beinahe jeden!**
› **Baugesuche werden zur Tortur. Das ist teuer und frustrierend!**
› **Der Staat schreibt uns vor, wann und wo wir einkaufen dürfen!**

Für diesen Bürokratie-Wahnsinn zahlen wir alle. Das kostet Geld, Zeit und Nerven. **Es reicht!**
FDP.Die Liberalen kämpft gegen dieses Geschwür. Unsere Volksinitiative «Bürokratie-Stopp» gibt dem Einzelnen das Grundrecht, gegen lange Verfahren und unklare Gesetze zu klagen. Der Gesetzgeber wird verpflichtet, Kleinst- und Mittelbetriebe von der unnötigen Bürokratie zu entlasten.

Wir kämpfen für mehr **Arbeitsplätze**, **Freiraum** und einen **schlanken**, **bürgernahen Staat** – kämpfen Sie mit uns!

Ihre FDP.Die Liberalen
Fulvio Pelli, Parteipräsident

www.buerokratie-stopp.ch

Eidgenössische Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!»

Im Bundesblatt veröffentlicht am 12.10.2010. Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf **Art. 34, 136, 139** und **194** der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, **Art. 68ff**, folgendes Begehren:

Die Bundesverfassung SR 101 **vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:**

Art. 9 a (neu) **Unbürokratischer Gesetzesvollzug**
Jede Person hat Anspruch darauf, dass:
a. Gesetze verständlich sind und einfach, unbürokratisch und effizient angewandt werden;
b. Verwaltungen und Gerichte ihre Angelegenheiten schnell, einfach und unbürokratisch behandeln.

Art. 94 Abs. 3 zweiter Satz (neu)
3 ... Dazu treffen die Massnahmen, um die Regelungsdichte und die administrative Belastung für die Wirtschaft so gering wie möglich zu halten; sie berücksichtigen dabei insbesondere die Anliegen der Kleinst- bis mittelgrossen Unternehmen.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten berechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung bedrängt oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach **Art. 281** beziehungsweise nach **Art. 282** des Strafgesetzbuches.

Kanton		PLZ	Politische Gemeinde			
Nr.	Name (handschriftlich in Blockschrift)	Vorname (handschriftlich in Blockschrift)	Geburtsdatum (tg. Mnat. Jahr)	Wohnadresse (Strasse, Hausnummer)	Unterschrift eigenhändig	Kontrolle (vor Ausfüllen)	Ich bitte um weiteren Infos
1							
2							
3							

E-Mail 1 2 3

Wichtig: Die Liste ist **vollständig oder teilweise ausgefüllt** zurückzusenden bis spätestens **10.09.2011** an das Initiativkomitee: FDP.Die Liberalen, z.H. Initiativkomitee «Bürokratie-Stopp», Neuengasse 20, Postfach 6176, CH-3001 Bern, das für die Stimmrechtsbescheinigung besorgt sein wird. Weitere Unterschriftenlisten können bestellt werden bei FDP.Die Liberalen, Neuengasse 20, Postfach 6176, CH-3001 Bern. Ablauf der Sammelfrist: 12.04.2012.

Von der Gemeinde auszufüllen: Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort	Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson:	Amtliche Eigenschaft
Datum		Eigenhändige Unterschrift

Amtssiegel

Abb. 2: Initiative jetzt unterschreiben!

Alleine auf Jahresbeginn 2011 sind 400 neue Regeln eingeführt worden. Hundeverbot, Bauverbot, Parkplatzverbot, Verkaufsverbot – die Liste liesse sich beliebig fortsetzen. Die meisten dieser Gesetze lösen keine Probleme, im Gegenteil. Bald zeigt sich, dass die Ursachen nicht angepackt wurden. Und schon werden Stimmen nach einer (weiteren) Gesetzesverschärfung laut. Jeder störende Einzelfall soll durch ein generelles Gesetz gelöst werden. Egal, wie viele unbescholtene Bürger und Unternehmen so in ihrer Freiheit und in ihrem unternehmerischen Freiraum eingeschränkt werden. Die obligatorischen und teuren Kurse für Hundehalter sind ebenso ein Beispiel dieser absurden Bürokratie wie das komplizierte und teure Verfahren für das Erlangen eines Fahrausweises, das nicht nur Raser trifft und kaum Unfälle verhindert hat.

Der Schaden durch diese Bürokratie-Gläubigkeit ist gravierend: Gemäss einer Schätzung des Schweizer Gewerbeverbandes betragen die administrativen Kosten bereits 50 Mia. Fr. oder 10% des Bruttoinlandprodukts. Das verhindert Investitionen und Innovation und kostet Arbeitsplätze.

Wir fordern:

› Ein Grundrecht für den Bürger auf verständliche, einfache und effiziente Gesetze sowie auf unbürokratische und rasche Anwendung durch Verwaltung und Gerichte
› Eine Kultur der Eigenverantwortung statt Überregulierung. Nicht für jedes Einzelproblem braucht es ein alle treffendes Gesetze und Verfahren.

2.2. FDP ist die KMU-Partei

Besonders betroffen von Bürokratie sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Sie sollen sich auf die Produktion ihrer Güter und Dienstleistungen konzentrieren können. Die Stärkung der KMU ist für uns kein blosses Lippenbekenntnis: Die FDP ist gemäss einer wissenschaftlichen Studie des Schweizerischem Gewerbeverbands (sgv) klar die KMU-freundlichste Partei: Die ersten 16 Plätze der Rangliste gehen an Vertreter der FDP! Doch die FDP-Kampagne gegen Bürokratie geht über die Forderungen des Gewerbeverbands hinaus.

Wir fordern:

› Höhere Schwellenwerte für die Rechnungslegungspflicht von KMU.
› Eine Reduktion und Koordination der

Rating	Name	Partei	Kanton
80.4 %	Messmer Werner	FDP	TG
80.3	Hutter Markus	FDP	ZH
80.2	Schneider-Ammann Johann N.	FDP	BE
80.0	Triponez Pierre	FDP	BE
80.0	Kleiner Marianne	FDP	AR
79.6	Müller Philipp	FDP	AG
79.1	Favre Charles	FDP	VD
79.1	Leutenegger Filippo	FDP	ZH
79.0	Theiler Georges	FDP	LU
78.9	Müller Walter	FDP	SG
78.8	Fiala Doris	FDP	ZH
78.5	Huber Gabi	FDP	UR
78.5	Engelberger Edi	FDP	NW
77.9	Lüscher Christian	FDP	GE
77.8	Wasserfallen Christian	FDP	BE
77.7	Ruey Claude	FDP	VD

Abb. 3: Auf die FDP können sich die KUM verlassen!

Statistikanfragen durch das Bundesamt für Statistik mit einem damit verbundenen Datenaustausch.
› Einfachere Lohnadministration, möglicherweise mit einem Einheitssatz für die Sozialversicherungen
› Der Staat soll innert 30 Tagen seine Rechnungen bezahlen oder Verzugszins von 10% bezahlen.

2.3. Bürokratieabbau gegen den hohen Schweizerfranken

Der Franken ist hoch und wird es bleiben. Linke Fantasien wie die Übernahme des Euros oder ein EU-Beitritt ändern daran ebenso wenig wie Deviseninterventionen. Letzteres untergräbt zudem die Unabhängigkeit der Nationalbank und deren verfassungsmässigen Auftrag der Bekämpfung der Teuerung. Die FDP lehnt alle diese Forderung ab. Wir wollen die Krise aber auch nicht, denn dadurch würden Arbeitsplätze gefährdet. Deshalb gibt es gegen den starken Franken nur einen Weg: den Frontalangriff auf die staatlich beeinflussbaren Produktionskosten. Das bedeutet Bürokratieabbau, tiefere Steuern, mehr Freihandelsabkommen und weniger Zölle für Exporte. Schwächt sich der überbewertete Franken zudem ab, werden wir in Zukunft dank dieser Fitnesskur für den Standort Schweiz noch viel wettbewerbsfähiger sein und neue Arbeitsplätze schaffen können. Machen wir aus der Not eine Tugend!

Wir fordern:
› Frontalangriff auf gesetzliche Regelungen, welche die Produktion in der Schweiz erhöhen
› Moratorium auf Gebührenerhöhung

2.4. Europaweit einfachste und tiefste Mehrwertsteuer

Die Mehrwertsteuer ist kompliziert, unverständlich und teuer. Durch einen Einheitssatz ohne Ausnahmen könnten die administrativen Kosten der Unternehmen um 11% gesenkt werden. Damit würde die Wettbewerbsfähigkeit steigen und einen Wachstumsschub von knapp 1% auslösen.

Wir fordern:
› Europas tiefste und einfachste Mehrwertsteuer mit einem Satz von 5,5%
› Abschaffung möglichst aller Ausnahmen

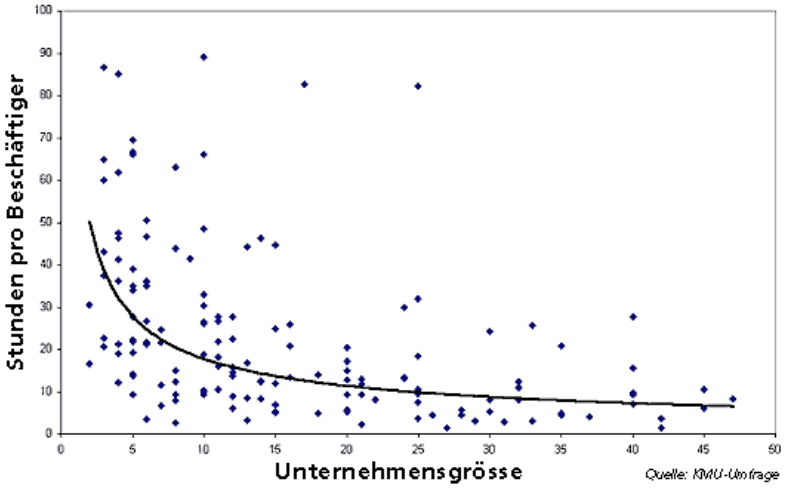

Abb. 4: Je kleiner eine Firma, desto mehr Stunden muss jeder Beschäftigte administrative Arbeit leisten

2.5. Konsolidierung des Bundeshaushaltes

Der Bund übernimmt laufend neue Aufgaben. Vieles davon ist nicht wirklich nötig. Und Überholtes wird nicht abgeschafft. Eine immer grössere Verwaltung und ein Heer von teuren externen Experten ist die Folge. Die Verwaltung arbeitet zwar grösstenteils gut, aber übernimmt auch immer mehr ihre Aufgaben. Da hilft nur eine laufende und konsequente Überprüfung der Bundesaufgaben. Nur so können schmerzhafte Sparprogramme und eine Vielzahl von unnötigen Gesetzen und komplizierten Verordnungen verhindert werden.

Wir fordern:
› Eine Aufgabenverzichtsplanung von 2.5 Mrd. Fr.

3. Erfolge der FDP.Die Liberalen

Die FDP verfügt über einen breiten Leistungsausweis im Bereich des Bürokratieabbaus. Bereits wurden in sechs Kantonen insgesamt acht Initiativen lanciert. Alle sind zustande gekommen. Jene welche bereits vors Volk gekommen sind wurden mit einer Mehrheit von 75% - 85% angenommen. In diesen Kantonen hat damit der Paradigmenwechsel zugunsten weniger Bürokratie begonnen. Auch in den Parlamenten kämpft die FDP erfolgreich für weniger Bürokratie. Als einzige Partei setzt sich die FDP konsequent für dieses Ziel ein: Beispielsweise stimmte 2010 im Nationalrat allein die FPD für den Mehrwertsteuer-Einheitssatz. Wo bleiben die Taten der anderen bürgerlichen Parteien für starke KMU und mehr Arbeitsplätze?

Weitere Informationen finden Sie unter www.buerokratie-stopp.ch und www.fdp.ch/positionen.